



Apropos Europa von Frank Baasner

Alle Blicke richten sich auf Deutschland. Unsere europäischen Partner sind mehr als beunruhigt. Deutschland galt als der stabile Hort einer funktionierenden Demokratie, die bösen Geister des Naziregimes schienen durch eine bewusste Aufarbeitung und gelebte Erinnerungskultur gebannt, die ewige Kanzlerschaft Angela Merkels sahen viele Europäer als wohlthuende, nüchterne Stabilität im Vergleich zum eigenen Land.

Diese Gewissheiten sind erschüttert worden. Die Kanzlerin tritt in den Hintergrund, ohne das Feld für die Nachfolge bestellt zu

haben. Eine zumindest in Teilen offen rassistische Partei, die mit dem Gedankengut der Nationalsozialisten liebäugelt, festigt ihre Position und führt die parlamentarische Demokratie vor. Und mehr als einmal ist der Hass auf Juden, Muslime und Einwanderer in brutale Morde gemündet.

Politiker, die für eine offene und tolerante Gesellschaft eintreten, werden angefeindet und riskieren ihr Leben. Das alles wühlt die deutsche Gesellschaft, aber gleichzeitig alle Europäer auf. Zu wichtig ist die deutsche Stimme in der Europäischen Union, zu groß das Gewicht der deutschen

Volkswirtschaft, zu groß die historische Verantwortung, als dass wir uns nicht unserer Vorbild- und Leitfunktion bewusst sein müssten.

Dabei bricht sich in den letzten Monaten und Wochen in Deutschland etwas Bahn, was viele unserer europäischen Partner schon erlebt haben. Die Selbstverständlichkeit, mit der man von einer stabilen Mitte in der Gesellschaft ausgehen konnte, ist dahin. Man denke an Italien, an Frankreich. Das gilt auch für die Europäische Union. Nach der Wahl zum EU-Parlament gab es zum ersten Mal keine Mehrheit für die

langjährige Große Koalition aus EVP (CDU) und S&D (SPD). Ganz Europa muss also den Konsens über seine Grundordnung, über das Wesentliche neu denken, nicht nur Deutschland.

Die EU kann mit der neuen Kommission mit vereinten Kräften für eine dynamische Weiterentwicklung der Demokratie eintreten (etwa durch Partizipationsmöglichkeiten) und gleichzeitig Orientierung bei der Zukunftsgestaltung geben. Die vorerst gescheiterten Budgetverhandlungen wären die Gelegenheit gewesen, ein Zeichen für Prioritäten zu setzen – der „Green Deal“ wäre

ein Beispiel. Ja, dafür braucht man auch mehr Geld. Und Deutschland ist größter Nettozahler.

Und dennoch: Was sagte Wolfgang Schäuble, als er letztes Jahr in Ludwigsburg zum Vortrag zu Gast war? Sinngemäß unterstrich er, dass jeder von Deutschland in die EU investierte Euro als ein Mehrfaches den Deutschen zugutekommt: ökonomisch, gesellschaftlich, politisch.

IHRE MEINUNG? Schreiben Sie unserem Kolumnisten, der einmal im Monat einen Blick auf Europa wirft, an leserbriefe@lkz.de